

Die „Freie Presse“ erscheint täglich einmal als Morgenausgabe und zweimal als Abendausgabe mit den Unterhaltungsbeilagen „Preis Welt“, „Frauen-Welt“ und „Der Jugend-Geselle“. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für den Monat August 70.— Mk., im voraus zahlbar. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten entgegen. Fernsprecher: Danks 1970, 1971 und 1972. Redaktionssekretariat: Dönhoff 5303.

Berlin und Exped. Berlin NW 40, Kronprinzenufer 27, 1.

Die Anzeigenpreise sind: Einzelblätter: 25.— Mk., einschließlich Postgebühren. Kleinanzeigen: 1.— Mk., jedes weitere Wort 2.— Mk., einschließlich Postgebühren. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Befehle 10.— Mk., netto pro Seite. Stellen-Befehle in Wort-Bildform: das feilgebrachte Wort 2.— Mk., jedes weitere Wort 2.— Mk.

Redaktion: Fernsprecher Dönhoff 4100, 4191 und 4192, Berlin SW, 68, Ritterstr. 75, III.

Freie Presse

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Forderungen der Gewerkschaften

Sozialistische Einheitsfront

Wie die P. P. M. erfahren, fand gestern nachmittags eine Sitzung des Vorstandes des ADGB mit Vertretern der beiden sozialistischen Parteien statt, in der eine Aussprache über die dringlichsten Maßnahmen gegen die derzeitige Valuta-Not gepflogen wurde. Die Vertreter der sozialistischen Parteien erklärten sich mit dem Vorgehen der Gewerkschaften durchaus einverstanden. Es muß jedoch nochmals betont werden, daß die Gewerkschaften keine Forderungen im Sinne eines Programms aufgestellt haben, sondern daß die aufgestellten Richtlinien nur eine Anweisung für die Befriedigung der dringlichsten Fragen geben sollten. In dieser Weise wird die Aktion weiter fortgesetzt werden, um möglichst rasch zu praktischen Ergebnissen zu gelangen.

Nachmittags um 3/4 Uhr trat das Reichskabinett zu einer Sitzung zusammen und beriet die Anregungen der Gewerkschaften.

Die Verhandlungen zwischen Regierung und Gewerkschaften

Gegenüber den phantastischen und vielfach unzutreffenden Berichten, die über die sogenannten Forderungen der Gewerkschaften verbreitet werden, erfahren die „P.P.M.“ von zuständiger Stelle, daß die Spitzenverbände der Arbeiter- und Angestelltenorganisationen kein festumrissenes und formuliertes Programm aufgestellt, sondern ihr Bemühen darauf gerichtet haben, zuerst mit dem Wirtschaftsministerium und dann mit der Gesamtregierung die Maßnahmen zu erörtern, die sofort — vielfach auf dem Verwaltungswege — durchführbar sind und eine rasche Hilfe zu bringen geeignet erscheinen. In der gestrigen Besprechung mit der Reichsregierung wurden von den Vertretern der verschiedenen Spitzenverbände in der Hauptsache die folgenden Mittel gegen die Teuerung angeregt oder vorgeschlagen:

1. Maßnahmen auf dem Gebiet der Wirtschaftsförderung und Währungspolitik

1. Einschränkung der Einfuhr auf das geringstmögliche Maß, insbesondere Unterbindung der Einfuhr von Luxusartikeln durch Einfuhrverbot oder schärfere Anspannung der Einfuhrzölle. Als Luxusartikel wurden unter anderem dabei genannt: Raaren, Zigaretten, Zigarren, Bier, Tee, Schokolade, Pelze und Seide. Wieweit auch Raffee darunter fallen soll, bedarf besonderer Erwägungen.
2. Erhöhung der Ausfuhrabgaben. Bei längerer Dauer des gegenwärtigen Zustandes, Nachdrückung aller Tarifpositionen auf die Möglichkeit einer besonderen Erhöhung über die allgemeinen Tariffüsse. Die Regierung hat bekanntlich bereits eine Erhöhung der Ausfuhrabgaben im maßigen Umfang vorgeschlagen. Die Gewerkschaften wünschen eine besondere Nachdrückung, um eine weitere Erhöhung der Ausfuhrabgaben für besonders trostlose Positionen durchzuführen.
3. Kontrolle des Devisenhandels mit dem Ziele, daß nur derjenige ausländische Devisen erhält, der sie lediglich für den Handelsverkehr mit dem Ausland braucht. Verbot der Devisenspekulation und Verschleppung aller darin erzielten Umsätze.
4. Vorbereitung der notwendigen Maßnahmen zur Auflegung einer inneren Goldanleihe unter Veranlassung der Sachversteher zur Deckung einer solchen.
5. In Verbindung damit Vorbereitungen für eine Fixierung der deutschen Währung.
6. Schärfere Einziehung der Einkommensteuer. Die hier vorgeschlagenen Vorstöße der Gewerkschaften können durch die letzten Regierungsmassnahmen bereits verwirklicht. Eine weitere Anregung, die Umwälzung nach dem Gesichtspunkte des allgemeinen Verbrauchs und des Luxusverbrauchs zu schaffen, stehen erhebliche technische Schwierigkeiten entgegen.
7. Um der Kreditnot zu steuern, unter der die Landwirtschaft und sogar die landwirtschaftlichen Großbetriebe leiden, regen die Gewerkschaften Kreditmaßnahmen an, nicht auf Kosten, aber doch unter Garantie der Reichsanleihe, um der Landwirtschaft die nötigen Gelder zur Durchführung einer intensiven Wirtschaft im Kreditwege zur Verfügung zu stellen. Vielleicht könnten dazu der Kreditfonds der Landwirtschaftsämter oder ähnliche Gelder Verwendung finden.

2. Innerpolitische und wirtschaftliche Maßnahmen

1. Maßnahmen zur hinreichenden Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln. Schärfere Heberhebung des Viehhandels und Fleischexportes. Dabei wurde auch angeregt, endlich mit dem Brauch zu brechen, daß die Provinzen der Viehhändler nach dem Preis berechnet werden, wodurch die Viehhändler unmittelbar an der Preissteigerung interessiert werden.
2. Verbot der Herstellung von Trialkbranntwein, eventuell Verbot der Verwendung von Kartoffeln, Getreide, Mais, Reis und sonstigen zur menschlichen Ernährung geeigneten Produkten zur Herstellung von Branntwein. Bier

bei wurde auch ein vollständiges Alkoholverbot in Anrechnung gebracht.

3. Einschränkung der Bierbrauerei. Verbot der Herstellung von Bier mit mehr als 8 Prozent Stammwürze. Strengstes Verbot der Verwendung von Ruderrißen zur Bierbrauerei.
4. Wiedereinführung der öffentlichen Bewirtschaftung des Aunders. Verbot der Verwendung von Aunder zur Herstellung von Konfitüren, Elixiren, Schnaps, Schaum- und Obawein. Einschränkung des Aunderverbrauchs bei der Herstellung von sonstigen Luxusartikeln und Waren. Beengung der Herstellung von Luncheon, Marmelade und Obstkonfitüren nach Menge und Aundergehalt. Beibehaltung des Ausfuhrverbots für Gezeugsstücke dieser Art.
5. Verschärfung der Bestimmungen, die die Erhaltung der Milch und der Milchprodukte lediglich für die Zwecke der Volksernährung sichern. Da die wahnsinnige Preissteigerung der Milch endlich auf den Butterpreis zurückgeführt wird, wurde auch ein ähnliches Verbot der Butterherstellung für den Handel zur Erwägung gezogen. Butter ist für die große Masse der Verbraucher sowieso ein unerwünschter Luxusartikel geworden und kann auch von den Benutzern durch Margarine ersetzt werden. Die Ueberschüsse der Milch könnten dann zu einem Volksernährungsmittel wie Käse verarbeitet werden.
6. Stärkere Ausmahlung des Brotagetreides.
7. Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung mit Seefischen. Beiräumung derjenigen Seefischereierneuerungen, die mehr als einen noch schauenden Teilbetrag ihres Fangs an ausländischen Märkten abgeben, gegebenenfalls durch Verschleppung der Fische.
8. Maßnahme gegen den unmäßigen Aufwand in Gast- und Speisewirtschaften, insbesondere Wiedereinführung der Bestimmungen, daß nur zwei Fleischgerichte zur Auswahl stehen und nur ein solches verabreicht werden darf. Erneute Anweisung an die Kommunalbehörden, den Luxusveranstaltungen, Dielen, Bars, Kabarets und gewisse Konzerte in schärfster Weise bis zur Prohibition zu beherrschen.
9. Durchzuführende Maßnahmen auf dem Gebiet des Bau- und Wohnungswesens, insbesondere nach der Richtung gemeinwirtschaftlicher Regelung der Baukostenwirtschaft.
10. Verschärfung der Strafbestimmungen gegen den Wucher, insbesondere gegen die Zurückhaltung von Waren in gewinnlästiger Absicht. Anzuerkennen wurde die Gewährung von Prämien oder Belohnungen für die Ansetzung solcher Lager und die Veranlassung von Vorkaufverträgen, Verbrauchern zu den Wucherpreisen.
11. Für die Arbeitslosen, die Sozialrentner, die verarmten Kleinrentner, die rentenlosen Erwerbsfähigen und Empfänger von Armenunterstützung sollen Reich, Länder und Gemeinden besondere Einrichtungen treffen. Gedacht ist etwa an Speise- und Wärmeanstalten.

Hilferuf an die Internationale

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat am Donnerstag mittig an den Trade Union Congress in London folgendes Telegramm gerichtet:

„Dollarkand heute 1870, Deutsche Mark fast auf Null. Bedeutet wirtschaftlichen Zusammenbruch Deutschlands, also beginnendes wirtschaftliches Chaos. Folgen für alle Industrieländer unabsehbar. Wie England erweist Steigerung der Arbeitslosigkeit. 60 Millionen deutscher Käufer verschwinden vom Weltmarkt. Noch Rettung möglich, aber sofort einzuleiten. Sie hängt hauptsächlich von Euren Maßnahmen ab.“

gez.: Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Grafmann.

Ein Telegramm ähnlichen Inhalts ist an den Internationalen Gewerkschaftsbund in Amsterdam abgegangen.

Wie verlautet, ist in Berlin bereits eine Vertretung des Internationalen Gewerkschaftsbundes aus Amsterdam eingetroffen, um mit dem ADGB, Hilfsmassnahmen auf internationaler Grundlage zu besprechen.

Die sich nun schon seit Monaten immer mehr überschüßenden Teuerungswellen machen es den Gewerkschaften zur zwingenden Aufgabe, Mittel und Wege zur Sicherung des Lohnes zu finden. Die bisherigen Versuche, durch Tarifverhandlungen die Löhne trotz Geldentwertung auf einer Höhe zu halten, die ein einigermaßen auskömmliches Leben gestattet, haben sich gegenüber den Marktkatastrophen der jüngsten Zeit als vollkommen unzulänglich erwiesen. Raum waren die neu vereinbarten Lohnsätze in Kraft getreten, so waren sie auch schon durch erneute Teuerung wieder illusorisch geworden. Diese katastrophale Bewegung ist auch heute noch nicht zum Abschluß gekommen.

Die Arbeiterschaft kann unter keinen Umständen gegenüber diesen Ereignissen untätig bleiben. Es müssen Mittel und Wege gesucht und gefunden werden, die von dem gähnenden Abgrund vollständiger Verelendung hinwegführen. Das veranlaßte den A. D. G. B., mit der Regierung in Verhandlungen zu treten, um ihrerseits Maßnahmen zu treffen, durch eine Milderung der Wirtschafts-, Finanz- und Währungspolitik der sich immer mehr zuspitzenden Katastrophe nach Kräften entgegen zu wirken.

Da aber die Teuerung nur zu einem Teile auf innerpolitische Ursachen, in ihrem jüngsten Ausmaß fast ausschließlich auf außenpolitische Wirkungen zurückzuführen ist,

Verhandlungsabschluß mit der Reparationskommission

Bis jetzt kein positives Ergebnis

Die Verhandlungen zwischen der deutschen Regierung und den Vertretern der Reparationskommission Bradbury und Macleod sind gestern um 1/2 Uhr nachmittags zum Abschluß gebracht worden. Die beiden Vertreter der Reparationskommission sind bereits nach Paris zurückgekehrt. Die deutsche Regierung hat folgendes Communiqué herausgegeben:

„Die offiziellen Besprechungen zwischen Sir John Bradbury und Herrn Macleod einerseits mit dem Reichsfinanzminister und dem Reichsminister der Finanzen andererseits, die am letzten Montag begonnen hatten, wurden heute zu Ende geführt, und die Vertreter der Reparationskommission sind nach Paris zurückgekehrt. Obwohl man nicht sagen kann, daß die Verhandlungen bis jetzt ein positives Ergebnis haben, so sind doch verschiedene Anregungen gegeben und geprüft worden. Die Vertreter der Reparationskommission glauben, jetzt in der Lage zu sein, der Reparationskommission über die gegenwärtige Lage Deutschlands Auskunft zu geben, was der hauptsächlichste Zweck ihrer Reise nach Berlin war, sowie die Reparationskommission über die oben erwähnten Anregungen zu unterrichten.“

Der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ teilt über die Verhandlungen und ihr Abbruch folgendes mit:

„Die Abreise ist nicht als Abbruch der Besprechungen zu betrachten. Im Laufe der fortgesetzten Beratungen sind von der Reichsregierung alle Möglichkeiten einer Verständigung in Erwägung gezogen worden. Nachdem von den Vertretern der Reparationskommission nach Rücksprache mit Paris am Donnerstag der Vorschlag der Reichsregierung, einen Goldfonds als Sicherheitsteilung für die Holz- und Kohlenlieferungen der Reparationskommission zur Ver-

fügung zu stellen, abgelehnt worden war, hat das Reichskabinett nach eingehenden Beratungen, die heute vormittags zum Abschluß gebracht wurden, sich zu einem neuen Vermittlungsvorschlag entschlossen, der auf ganz anderer Grundlage beruht, als es bei der vorstehend genannten Verständigungsmöglichkeit der Fall ist. Durch diesen Vorschlag, der gewissermaßen als letzte Möglichkeit einer Einigung betrachtet werden muß, sind die Verhandlungen in ein vorläufiges Endstadium gelangt. Bekanntlich wollten die Herren Bradbury und Macleod nur zu unverbindlichen Besprechungen in Berlin. Sie werden deshalb, nachdem das Endstadium erreicht ist, ihre Eindrücke und insbesondere den letzten Vermittlungsvorschlag der Reichsregierung, der den besten Willen zur Verständigung erkennen läßt, der Reparationskommission als Grundlage für deren Entscheidung über die Annahme oder Ablehnung des Moratoriums vorlegen.“

Der neue Vorschlag der Reichsregierung geht, wie die „Dena“ meldet, dahin, den Inhalt der von der Reparationskommission geforderten Garantien für ein Moratorium in der Weise umzugestalten, daß er für die deutsche Regierung annehmbar und für die deutsche Wirtschaft tragbar ist.

Die „Vossische Zeitung“ meldet über die von der deutschen Regierung vorgeschlagene Grundlage zu einer Verständigung, auf die es beiden Verhandlungspartnern ankommen soll, folgende Punkte:

1. Eine Remonte für Deutschland in der Form eines Moratoriums, wenn auch nur bis zum Ende dieses Jahres, und
2. Sicherheit für Frankreich, daß es jene Lieferungen an Kohle und Holz erhält, auf die es aus dem Friedensverträge und späteren Abkommen Anspruch erhebt und die ihm in einer für Deutschland erträglichen Form gewährleistet werden soll.

bleibt die Frage zu erwägen, ob nicht auch auf andere Weise versucht werden muß, dem fortgeschrittenen Sturz des Reallohns entgegenzuwirken. Wir werden in unserer morgigen Ausgabe dieser Frage unsere Aufmerksamkeit zuwenden.

Ernfte Besorgnis der Reichsregierung Eine Ministerkonferenz aller Länder

Die steigende wirtschaftliche Not, die sich weitester Bevölkerungsklassen bemächtigt hat und sich in den letzten Tagen durch die ungeheure Entwertung der Mark noch mehr zu verschärfen droht, ist Gegenstand ernster Sorge der Reichsregierung. In einer gemeinsamen Besprechung der beteiligten Ressorts des Reichs und Preußens, die gestern nachmittags unter dem Vorsitz des Reichskanzlers stattfand, wurde eine Reihe von Vorschlägen geprüft, die auf die Linderung dieser Notlage abzielen. Es wurden verschiedene Maßnahmen ins Auge gefaßt und die zuständigen Ressorts beauftragt, ihre Vorschläge hierzu einem Ministerrat vorzulegen, der morgen vormittags unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten zusammentreten wird. Für Montag werden die Ministerpräsidenten und Innenminister der Länder zu einer gemeinsamen Beratung mit der Reichsregierung nach Berlin gebeten werden.

Das Verdienst der Gewerkschaften

Frankfurt a. M., 25. August. Zum Zusammenbruch der Markwährung schreibt die „Frankfurter Zeitung“: Der Verfall der deutschen Währung führt von Tag zu Tag tiefer in die Zerrüttung der deutschen Wirtschaft hinein. Die Furcht vor kommenden Notdritten wächst auf viele Lähmung und verschärft so den Abstieg. Aber die Furcht kann auch produktiv werden, wenn sie zur Gegenwehr antreibt. Wir wissen alle, und wir müssen es immer wieder der Welt sagen, daß die Quelle unseres Volutaenfalls in der Bedrängnis der deutschen Wirtschaft durch die Kosten der Reparationen liegt. Aber es kommt jetzt alles darauf an, uns am Leben zu erhalten, bis die politischen Voraussetzungen für eine wirkliche Gesundung einmal geschaffen sein werden. Es ist ein Verdienst der von den Spitzengewerkschaften aller Parteirichtungen vorgebrachten Forderungen, daß sich in ihnen der Wille ausdrückt, nicht lähmender Verzweiflung zu verfallen, sondern anzuspornen zur Tat, zu wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die uns vor Verfall schützen sollen.

Die Mark-Katastrophe und das Ausland

Lloyd George plötzlich nach London zurückgekehrt
(E.P.) London, 25. August. Lloyd George und Churchill sind Donnerstag abend plötzlich nach London zurückgekehrt. In Regierungskreisen wird berichtet, daß die Regierung ihre auf dem irischen Verträge basierende Politik beibehalten werde, solange Irland diesen Vertrag nicht verläßt.

(W.Z.) London, 25. August. Neuter teilt mit, daß Lloyd Georges heutige Rückkehr nach London nicht mit der irischen Frage zusammenhängt, sondern auf die Reparationsfrage zurückzuführen ist, sowie auf die Tatsache, daß der frühere Kandidat für die amerikanische Präsidentschaft, Gouverneur Cox, in London eingetroffen ist, der mit dem Premierminister zu sprechen wünscht.

Der amerikanische Präsidentschaftskandidat über Deutschland

(E.P.) London, 25. Aug. Cox, der Kandidat der Demokraten bei den letzten Präsidentschaftswahlen ist auf seiner Reise durch Europa in London angekommen und hat einem Vertreter des „Star“ folgende Erklärung abgegeben: Amerika hat ein wirtschaftliches und moralisches Interesse an den europäischen Angelegenheiten und wird sich dessen mit jedem Tage mehr bewußt. Auf die Frage ob sich Amerika mit europäischen Angelegenheiten befassen könne, ohne gegen die Wahlforderungen zu verstoßen und ohne sich in bindende Allianzen zu verwickeln, antwortete Cox: „Ich weiß wohl, man spricht viel davon in den Vereinigten Staaten, aber als Washington diese Theorien aufstellte, hatte Amerika noch keine wirtschaftlichen Beziehungen mit Europa. Die Verhältnisse haben sich aber seitdem geändert.“ Der Vertreter des „Star“ erklärt, daß Cox vor seiner Abreise nach Amerika eine Erklärung abgegeben werde, über die Wiederherstellung Europas und die zukünftige Politik Amerikas.

Was die englische Presse sagt

(W.Z.) London, 25. August. In der gesamten Presse spiegelt sich die große Bitterkeit wider, die das hierher gemeldete Scheitern (?) der Berliner Verhandlungen und der geringe ungeheure Sturz der Mark in England erzeugt haben. Die in den frühen Morgenstunden eingetroffene Berliner Meldung, wonach Deutschland den Alliierten heute neue Vorschläge unterbreiten werde, wird nur von einem Blatt gebracht. Alle Blätter tragen an hervorragender Stelle Überschriften wie: „Die Mark fast wertlos“, „Europas Weltlauf nach wirtschaftlichem Ruin“, „Europas ernüchterte Gefahr“.

„Daily Express“ sagt: Wenn kein Wunder geschieht, dann ist Deutschland bankrott. Die Hoffnung, daß im gegenwärtigen Augenblick Reparationen in bar von einem Lande erlangt werden können, dessen Finanzen sich in einem derartigen Chaos befinden, muß aufgegeben werden. „Westminster Gazette“ schreibt, infolge der Haltung Poincarés sei die Reparationskommission gezwungen gewesen, am falschen Ende zu beginnen. Das einzige Heilmittel sei die Herabsetzung der Entschädigungssumme.

„Daily News“ finden es angeht des überreichlichen Zusammenbruchs als Höhepunkt des Wahnsinns, wenn Frankreich es zulasse, daß Deutschland denselben Weg gehe.

Frankreichs Presse geht weiter

(E.P.) Paris, 25. August. Die Abendblätter kommentieren den Marksturz, worin sie im allgemeinen ein Selbstverleumdung Deutschlands erblicken. Der Finanzminister behauptet, daß Deutschland abgesehen von Staatsbankrott vorbereitete. Man müsse Deutschland die Gewalt fühlen lassen, da die Versöhnung versagt habe. Man solle Pfänder ergreifen, wonach man die Deutschen fragen müsse, ob sie den Forderungen Genüge leisten wollen, wenn nicht, dann müssen die Zaunenschrauben stärker angezogen werden. Eine andere Art wirtschaftlicher Annäherung Deutschlands und Frankreichs sei unmöglich.

Beschlagnahme deutscher Bankguthaben aufgehoben

(E.P.) Paris, 25. Aug. Das veröffentlicht eine Note, in der erklärt wird, daß die Beschlagnahme der deutschen Bankguthaben in Eisen-Rothringen vom 25. August aufgehoben wird.

Die Dollarschwankungen Zwischen 1700 und 2600

Die gestrige Börse zeigte ein erneutes Auffrischen des Dollarkurses. Zeitweise wurde er mit 2600 Mark notiert. Als Gerüchte aufkamen, daß Amerika sich als Freihändler für die zu verpflanzenden fossilen Eruben und fossilen Deutschlands anbieten wolle, stürzte der Dollar auf 1700. Was an dem Gerücht über Amerika wahres ist, ist bisher nicht bekannt. — In New York wurde die Mark mit 0,05 1/2 gehandelt, was einem Berliner Dollarkurs von 1818 entspricht.

Die das Sinken der Mark auf ausländische Valuten, besonders auf Frankreich, wies folgende Zahlen. Der französische Franken wurde in New York notiert:

Am 24. Juli	8,46
am 21. August	7,99
am 23. August	7,89
am 24. August	7,73

Konferenz der Funktionäre der U.S.P.

In der gestern abend stattgefundenen Konferenz nahmen die Funktionäre der U.S.P. ein Referat des Genossen Rosenfeld über den Moskauer Prozeß gegen die Sozialrevolutionäre entgegen. Die Ausführungen des Genossen Rosenfeld werden in der morgigen Nummer wiedergegeben. Der Vorsitzende der Konferenz, Genosse Koch, wies zu Beginn der Konferenz darauf hin, daß in den nächsten Tagen eine Reihe von Versammlungen stattfinden, die sich mit der gegenwärtigen über alles erdächtige Maß hinausgehenden Feuerung beschäftigen werden. Zu dem skandalösen Verhalten der Kommunisten in den am Dienstag stattgefundenen öffentlichen Versammlungen wurde folgende Resolution angenommen:

„Die Konferenz der Berliner Funktionäre der U.S.P. protestiert gegen das Verhalten der Berliner Kommunisten, die am Dienstag die Versammlungen gesperrt und dadurch gezeigt haben, daß sie die Wahrheit nicht vertragen können. Die Konferenz appelliert an die Arbeiterklasse aller Richtungen, in Zukunft für ein freies Versammlungsrecht zu sorgen und alle Versuche, Arbeiterversammlungen zu sprengen, unumhüllend zu machen.“

In der Moskauer Justizkommission nahmen die Versammelten in folgender Weise Stellung:

„Die Konferenz der Berliner Funktionäre der U.S.P. nimmt mit Abkühlung und Empörung Kenntnis von dem Urteil des obersten Revolutionstribunals in Moskau gegen die Führer der sozialrevolutionären Partei. Sie erhebt scharfen Protest gegen das bedingte Todesurteil, daß die Verurteilten zu Gefängnis der Sowjetregierung und zu wehrlosen Opfern ihrer Feinde macht. Gemeinsam mit dem Proletariat aller Länder protestiert die Konferenz gegen die Barbarei der Todesurteile und des Gefängnisstrafs und verlangt die Freilassung der verurteilten Sozialrevolutionäre. Darüber hinaus fordert die Konferenz sofortige Amnestie für alle Sozialisten die in den Gefängnissen und in der Verbannung schmachten. Sie fordert ferner den Verzicht auf alle Terror und die Einstellung der Verfolgung von Sozialisten.“

Die Ausführungen des Genossen Rosenfeld wurden nicht nur mit größtem Interesse entgegengenommen, sondern durch lebhaften Beifallsbezeugungen und Enthusiasmus in nachdrücklicher Weise unterstützt. Die beiden Resolutionen fanden einstimmige Annahme.

Im weiteren Verlauf der Konferenz machte der Genosse Müller einige Ausführungen organisatorischer Art, die er an allseitiger Beherzigung empfahl.

Hakenkreuzler-„Geist“

Die Hakenkreuzler sind schnell wieder froh geworden. Die Sanftmut der Reichsregierung läßt ihnen den Raum schwellen. Vergeblich ist die Angst des Schindels beim Millionen-Aufmarsch der Arbeiter nach dem Massenaufruf. Die energischen Reden der Regierungsmänner sind längst verhallt. Auch die „Schutzgesetze“ wenden sich wieder gegen die Arbeiter. In Bayern triumphiert der nationalistische Pöbel. Ist es da ein Wunder, wenn die reaktionären Drachzähler lustig weiter hegen und organisieren und halbreife und verblödete Fanatiker nach dreißig ihre Norddrohungen ausstoßen? Einen bezeichnenden Brief erhielt der Bezirkssekretär der U.S.P. in der Altmark, Genosse Diekmann. Solgwedel. Das natürlich anonyme Schreiben lautet:

(Hakenkreuz.)
Herrn Diekmann, Solgwedel!

Diekmann, Diekmann, hüte Dich, fangen wir Dich, so hangen wir Dich!

(Hakenkreuz.)
Deine Tage sind gezählt.

(Hakenkreuz.)
Der Tag Deiner Verantwortung rückt immer näher.

Dem sichern Tode kannst Du nur durch die Flucht entgehen. Dann wird es sich zeigen, ob Deine treuen Anhänger, Freunde und Gönner Dir Beistand und Hilfe leisten werden.

Mit diesen Worten bedachte Dich ein echt deutscher Denker, der, wenn es ihm gelänge, Euch Norddeutsche mit Stumpf und Stiel auszurotten, eine Lohdanne auf unsern Kaiser und König, Imperator Reg, unsern ehemaligen treuen Landesvater, austreten würde.

(Hakenkreuz.)
Memento Mori!

(Hakenkreuz.)
Wann wird die Giftpflanze hakenkreuzlerischer Nordluft mit allen Wurzelfasern ausgerottet werden? Erst dann, wenn die Arbeiterschaft selbst es will.

Die Berichterstattung der „Roten Fahne“

In dem Bericht über die dem Moskauer Prozeß gewidmeten Versammlungen legte die „Rote Fahne“ dem Genossen Rosenfeld Worte in den Mund, die er nicht gesprochen hat. Daraus fandte unser Genosse am 23. August dem Zentralorgan der U.S.P. folgende Berichtigung:

„In der heutigen Nummer Ihres Blattes berichten Sie, daß ich in der gestrigen Versammlung die uns Verteidiger in Moskau begleitenden Beamten als „gemeine Spitzel“ bezeichnet hätte. Dies ist nicht richtig. Das Wort „gemein“ habe ich nicht gebraucht. Ferner berichten Sie, daß ich gesagt hätte: „Das Todesurteil gegen die S.R.-Genossen wird nicht vollstreckt, das ist eine schlimmere Methode, als sie jemals von Kosske angewendet wurde.“ Eine solche Äußerung habe ich nicht getan. Ich habe vielmehr erklärt: „Kosskes Politik habe ich immer bekämpft, und ich verurteile sie“

auch jetzt. Aber selbst unter Kosskes Ministerchaft ist niemals die Vollstreckung von Todesurteilen von solchen Bedingungen abhängig gemacht worden wie in Moskau. Insofern sind die Moskauer Methoden schlimmer als diejenigen Kosskes.“

Wir stellen nur fest, daß das kommunistische Blatt in seinen beiden inzwischen erschienenen Nummern nicht einmal diese kurze und streng sachliche Berichtigung gebracht hat. Ein weiterer Beweis für die „Wahrheitsgemäßheit“ Berichterstattung der „Roten Fahne“.

Russische Kritik an der 3. Internationale

(D.E.) Moskau, 25. August. Der bekannte kommunistische Führer und Mitglied der russischen Genoa-Delegation, Proobrassenski, polemisiert in der Moskauer „Pravda“ (Nr. 184) gegen Nadel und dessen in der „Pravda“ wiedergegebenen Eindrücke von einer Auslandsreise. Er, Proobrassenski, habe während eines Aufenthalts in Westeuropa wesentlich andere Eindrücke von der gegenwärtigen Weltlage empfangen. In den Jahren 1918—1919 hätte man in Sowjetrußland immerfort Reden zu hören bekommen, worin auf den allabdingigen Ausbruch der Weltrevolution hingewiesen wurde. Später wäre der Nachrichten dienst aus dem Auslande zwar zuverlässiger geworden, er leide jedoch nach wie vor an dem Unvermögen(!), das Tempo der europäischen Arbeiterbewegung und den Grundton der wirtschaftlichen Entwicklung im Westen richtig einzuschätzen. Im Geiste dieser mangelhaften Information würden auch die Auslandsmeldungen der „Rosa“ (Mittliche Russische Telegraphen-Agentur) verfaßt. Die „Rosa“-Telegramme teilen zwar Tatsachen mit, die aber aus dem Gesamtbilde der europäischen Lage losgelöst seien, und der russische Leser müsse sich daher erkundigen, warum es denn noch immer keine Weltrevolution gebe. Seine Auslandsreise habe ihn, Proobrassenski, endgültig davon überzeugt, daß der Nachrichten dienst der R. S. P. über Westeuropa ungenau sei. Dies sei um so bedenklicher, als die systematische Information in den Händen der eigenen Genossen von der kommunistischen Internationale läge.

Das Verbot der „Roten Fahne“ verkürzt

Nach einer Mitteilung des amtlichen preussischen Pressedienstes in der Verlags der „Roten Fahne“ am Freitag von dem Staatssekretär Dr. Freund in Kenntnis gesetzt worden, daß er (Freund) „beschlossen“ habe, „die Verbotsfrist für die „Rote Fahne“ von drei Wochen auf 10 Tage herabzusetzen, daß die nächste Nummer der „Roten Fahne“ am 2. August d. J. erscheinen darf“. Der Staatsminister begründet seine mildere Auffassung — von Einfluß kann man bei dem Manne der dieses sonderbare Verbot erlassen hat, nicht reden — mit der in der Beschwerdebefrist der „Roten Fahne“ enthaltenen Wendung, daß die Redaktion die Absicht einer Beschimpfung der bayerischen Regierung nicht gehabt habe. Durch die Verkürzung des Verbots ist der Skandal, der in dem Verbot selbst liegt, natürlich nicht aus der Welt geschafft.

Ergebnislose Streikverhandlungen

(E.P.) Newyork, 24. August. Aus Philadelphia wird gemeldet, daß die Verhandlungen, die seit einigen Tagen zwischen den Kohlenarbeitern und den Bechenselhern geführt wurden, ergebnislos geblieben sind. Die Besprechungen, die hier zur Regelung des Eisenbahnerstreiks getrieben begannen, lassen nur wenig Hoffnung auf Erfolg, da sich die Vertreter der Eisenbahngewerkschaften völlig unzugänglich zeigen.

(E.P.) Newyork, 24. August. Samuel Compers hat einen Aufruf an die organisierte Arbeiterschaft gerichtet, die streikenden Eisenbahner moralisch und finanziell zu unterstützen. Er erklärt, daß der Widerstand der Eisenbahner durch die Verleugung der Regierung, die Gewerkschaften aufzulösen, nur verstärkt würde. Die Zukunft der organisierten Arbeiterschaft hänge von dem Ausgang des Eisenbahnerstreiks ab.

Ein amerikanischer Wirtschaftsplan für Europa

(E.P.) Paris, 24. August. Aus Williamsstown in Massachussets wird der „Chicago Tribune“ gemeldet, der bekannte Wirtschaftspolitiker Dr. Anderson von der National Bank in Newyork wird im politischen Institut von Williamsstown einen eingehenden Plan zur Wiederherstellung des europäischen Wirtschaftslebens vorlegen. Einzelheiten davon sind noch nicht bekannt, doch nimmt man an, daß die Annulierung aller Schulden gegenüber Amerika die Grundlage dieses Plans sein wird.

Rücktritt Südekums

Dr. Südekum tritt von seinem Amt als preussischer Staatskommissar für die Groß-Hamburg-Frage am 30. September zurück, da nach Angabe des amtlichen Pressedienstes zum gleichen Tage das Staatskommissariat eingehen soll. Der amtliche Pressedienst bemerkt dabei — wie in solchen Fällen üblich — daß das selbstverständlich keine Desavouierung Südekums bedeute. Trotz Südekum muß aber in dieser wichtigen Frage eine Regelung unbedingt erfolgen.

Vor dem Ende des Landarbeiterstreiks in Oberbarnim

Der kommunistische Landarbeiterstreik in Oberbarnim ist, wie die P. V. R. hören, zusammengebrochen und steht unmittelbar vor dem Erlöschen. Es wird geschätzt, daß noch auf 5 Hektaren gestreift und die allgemeine Wiederaufnahme der Arbeit dürfte in kürzester Zeit erfolgt sein.

Arbeiterkämpfe in Frankreich. Nach einer Lohndmeldung aus Le Havre haben die Arbeiterverbände einen 24stündigen Sympathiestreik für die streikenden Metallarbeiter beschlossen, der heute mittags beginnen soll. Zwischen Streikenden und der Polizei kam es gestern in einer Glasfabrik zu einem Zusammenstoß, bei dem drei Polizeibeamte verletzt wurden.

Gewerkschaftliche Organisationsarbeit. Der Dozent Richard Boldt, der im preussischen Kultusministerium wichtige Arbeiterunterrichtsfragen behandelt, hat, wie die P. V. R. hören, einen Vorschlag für gewerkschaftliche Organisationsarbeit an der Technischen Hochschule in Charlottenburg erhalten.

Strassenamenänderung. Die Hohenzollernstraße in Brandenburg a. N. hat durch Verordnung der Polizeiverwaltung den Namen Karl-Vegeten-Straße erhalten.

„Nicht Deutschland, Deutschland über alles“

Vor Wochen schlug Philipp Scheidemann die Reklametrumpel für das Lied aller Nationalisten. In einem Artikel, der die Kunde durch fast alle sozialdemokratischen Parteizeitungen machte, verurteilte er, die Arbeiter für das Deutschland, Deutschland über alles“ zu begeistern. Die Arbeiter müssten das Lied singen, erheben weil es einen ganz anderen Sinn hätte als den, der ihm von den Nationalisten gegeben wurde und zweitens, wenn es die Arbeiter sängen, so hätten sie damit den Nationalisten ihre Nationalhymne geraubt. Wir wollen mit Scheidemann und seinen Sekundanten nicht über den Inhalt des Deutschland, Deutschland über alles“ streiten. Doch aber weite Kreise der deutschen Arbeiterchaft für Scheidemanns neuen Reklameartikel wenig Verständnis haben, sondern auch ausländische Arbeiterparteien, die der zweiten Internationale angehörend, dafür ist ein kleiner Vorfall auf dem Internationalen Jugendtreffen in Solabura den Beweis. Dort sprach bei der öffentlichen Kundgebung auch der Vertreter der belarischen Jungmänner, die der Arbeiterkammer-Internationale angehören, Genosse Bogaux. Er wandte sich heftig gegen den Nationalismus in jeder Form und schloß seine mit freudigem Beifall aufgenommene Rede: „Nicht Deutschland, Deutschland über alles, nicht Frankreich, Belgien oder sonst ein Land über alles, sondern die Einheit des Proletariats, die Internationale des sozialistischen Proletariats, der Sozialismus über alles.“

Dieser Geist, der die belarischen Jungmänner befeuert, muß auch trotz aller Versirungen einzelner Führer in der sozialistischen Arbeiterklasse lebendig bleiben. Die „Chemnitzer Volksstimme“ beschäftigt sich in einem Artikel ebenfalls mit dem von Ebert und Scheidemann empfohlenen Nationalistenlied. Sie schreibt u. a.: „Wenn jemals dieses Lied eines freiheitlichen Dichters der Ausdruck eines noch freiheitlich ringenden Volkes gewesen ist, so steht heute ebenso fest, daß die belarischen Massen des Volkes, die die härtesten Stützen der Republik sind, von dem geschändeten Lied nicht mehr wissen wollen. Nicht nur während des Krieges, sondern schon viel früher stand dieses Lied in einem schroffen Kampfsachenfas zu uns, wurde gesungen von denen, die der Arbeiterbewegung die Luft abschürften und alles niederhielten, was auch nur von weitem als freiheitlicher Geist verdächtig war. Da, wo die Gegensätze zwischen Arbeiterchaft und Ausbeutertum am schärfsten aufeinander prallten, im Lande der Hochöfen und Eisenhütten, am Rhein und in Westfalen, da fanden sich die Männer des Deutschland-Liedes und die des Sozialistenliedes in unerlöschlicher Schärfe einander gegenüber. In jeder Wahlbewegung wiederholte sich zum hundertsten Male dieselbe Szene: die Sozialisten hatten keine Verformungsfälle und gingen deshalb in geschlossenem Trupp in die Versammlung der bürgerlichen Gewerke.“

Dann begann das Spiel der Kräfte, bisige Geschäftsordnungsarbeiten gaben den Anstoß, erregte Worte steigerten die Leidenschaft, der Chorus der Gegenläufe überhört jeden Redner, an der Brandung selbst kam es manchmal zu tätlichen Auseinandersetzungen. Die Verformung löste sich auf und dann liegt auf der einen Seite des Saales das Deutschland, Deutschland über alles“, und auf der anderen Seite ertönt: „Auf, Sozialisten, schließt die Reihen!“ Und bis in jede Pore des Bewußtseins und des Gefühls drang diese Gegenläufe ein, und die alten Kämpfer unserer Bewegung von damals, die auch heute noch den besten Kern der sozialistischen Parteien bilden, werden bei allem „Wohlwollen“ für die Aktion des Reichspräsidenten weder die Melodie noch den Text dieses Liedes der Reaktion über die Lippen bringen.“

Hamburger Zeitungsverbote

Die Verbote linksstehender Zeitungen häufen sich. Unter anderen Blättern ist auch die kommunistische „Hamburger Volkszeitung“ verboten worden. Nachdem das rechtssozialistische „Hamburger Echo“ bereits einmal auf die Unmöglichkeit dieses Verbotes hingewiesen hatte, schreibt es in seiner Abendnummer vom 24. August:

Unter der Verordnung des Reichspräsidenten:

Am 28. Juni berichtete das „Hamburger Echo“ über die Beschlüsse der Reichstagsmehrheit durch den „Hamburgerischen Correspondent“. Kein Verbot.

Am 28. Juni ebenfalls über Verleumdungen des toten Rathenau und Beschimpfung der Reichsbehörden durch das „Hamburger Tagesblatt“. Kein Verbot.

Am 3. Juli über die Verurteilung des ermordeten Erbarner durch die „Hamburger Nachrichten“. (Der Erbarner schlug dem deutschen Heere die Waffen aus der Hand). Kein Verbot.

Am 4. Juli über eine Verherrlichung der Ermordung Rathenaus durch die Zeitschrift „Michel“. Kein Verbot.

Am 6. Juli eine Feselnahme der Mörder Rathenaus durch die „Deutschvölkischen Blätter“, Zentralorgan des verbotenen Schutz- und Trutzbundes. Kein Verbot. (Am 22. Juli erschien das Blatt mit neuer Heft, am 11. August wurde hier erneut auf das Verbot hingewiesen werden.)

Am 8. Juli berichteten wir über neue Heberlein der „Hamburger Nachrichten“, die den Reichstags beschimpfen und verächtlich machten. Kein Verbot.

Am 12. Juli über Beschimpfungen des hampurischen Volksheerführers durch „Wozon man spricht“. Aktion greift ein. In Hamburg: Kein Verbot.

Am 25. Juli über neue Heberlein der „Nachrichten“, die die Reichsregierung als schlaue Hühner und ihr Preisgabe der deutschen Staatshoheit in dürren Worten vorwirft. Kein Verbot.

Unter dem Gesetz zum Schutze der Republik:

Am 11. August über das weitere Erscheinen des „Barricade“ „Fridericus“. Eben darüber am 18. und 22. August. In Schleswig-Holstein Verbot auf 6 Monate. In Hamburg: Kein Verbot.

Am 16. August über eine Beschimpfung der Republik durch die „Nachrichten“. (Die verachtete Republik, die sich wie ein Hund behandelt läßt“ usw.) Kein Verbot.

Am 24. August über das Verbot der „Volkszeitung“, der damit der ersehnte Kaitationsstoß gegen das so anagewandte Gesetz zum Schutze der Republik abotien wird.“

Derartige Zusammenstellungen könnten von verschiedenen Zeitungen gemacht werden. Sie sind eine Illustration zu der ministeriellen Zusicherung, daß das Gesetz zum Schutze der Republik nicht gegen links angewendet werden würde. Wieder einmal zeigt sich, daß die Säuberung des Beamtenkörpers noch immer in den Anfängen steht. Denn wenn auch das Reich auf die Lokalen hampurischen Behörden wenig Einfluß hat, so wäre es doch in der Lage, die Diktatorbehörden dazu anzuhalten, daß sie ihre Pflicht erfüllen. Aber auch davon ist nichts zu spüren.

Antwort an Poincaré

Auf die beiden kürzlichen Reden des französischen Ministerpräsidenten Poincaré wird durch Wolffs Büro eine längere antwortliche deutsche Erwiderung verbreitet. Eingangs wird gegenüber der Wendung Poincarés in seiner am 21. August in Bar-le-Duc gehaltenen Rede, der Sturz der Mark sei nicht durch die Passivität der deutschen Zahlungs- und Handelsbilanz verursacht, von deutscher Seite erklärt, daß allerdings die Passivität der Handelsbilanz nicht allein zu dem jetzigen furchtbaren Tiefstand der Mark ausgereicht hätte, sondern daß die Politik der Drohungen und Retorsionen diesen Tiefstand vollends verschuldet hat.

Deutschlands Wirtschaft sei durch den Krieg erschöpft, durch Waffenstillstand und Friedensvertrag aller Aktionen beraubt worden, außerdem hätte es seine ausländischen Wertpapiere abliefern müssen, seine Handelsflotte, seine Kolonien und wichtigen Kohlen- und Landwirtschaftlichen Gebiete verloren. Im Gegensatz hierzu sei die französische Wirtschaft auch nach dem Frieden von Frankfurt im Jahre 1871 intakt geblieben.

„Es gibt nur drei Formen, in denen ein Land Leistungen an das Ausland machen kann, nämlich:

1. durch die Arbeit, sei es in der Form von Warenexport oder von Industrie- und Handelsunternehmungen oder durch Schiffahrt im Ausland; sei es durch Abgabe von Arbeitskräften an das Ausland;
2. durch den Verkauf von ausländischen Wertpapieren;
3. durch Zahlung mittels Auslandskrediten.

Alle diese Leistungsmodalitäten hat der Vertrag von Versailles vorweggenommen oder unmöglich gemacht, wie die Aufnahme von Krediten, oder sie sind abgelehnt worden, wie das wiederholte Angebot zum Aufbau von Nordfrankreich durch deutsche Arbeitskräfte. Der Kredit Frankreichs dagegen ist sowohl 1870 wie jetzt unberührt geblieben und ist in den letzten Jahren in vollem Umfang besonders von den französischen Kommunen und Departements im Ausland ausgenutzt worden. Deutschland aber wird der internationale Kredit verweigert sowohl von der Bank von England als auch von der Bank von Frankreich und das Londoner Ultimatum Deutschland kreditunwürdig gemacht haben.

Die Beweisführung des Herrn Poincaré für die Behauptung, daß Deutschland die Entwertung der Mark selbst herbeigeführt hat, ist daher falsch. Der Reichskanzler hat erst kürzlich in seiner Ansprache an die ausländische Presse davon hingewiesen, welche furchtbaren Folgen der Marksturz und die Teuerung für Deutschland haben muß, und daß es Bedauern von einer Regierung wäre, diese Folgen selbst herbeizuführen.

Wenn man danach forscht, wer auf der Welt von der Markverflechteruna eigentlich Nutzen hat, findet man nur Frankreich und die französische Industrie. Diese Tatsache erklärt die sonst unverständliche französische

Politik. Je mehr die Mark sinkt, desto billiger erhält Frankreich die deutsche Kohle. Während noch im Mai 1920 kurz vor der Spa-Konferenz die deutschen Kohlen- und Kokslieferungen 18-25 Goldmark für die Tonne wert gewesen sind und mit diesem Werte auf Reparationskonto gutgebracht wurden, und während damals Deutschland sogar noch eine Extraprämie von 5 Goldmark in bar gezahlt worden ist, werden für die deutsche Kohle heute nur noch 4-5 Goldmark im ganzen für die Tonne auf Reparationskonto gutgeschrieben. Frankreich erzielt bei einem solchen Preise für sich selbst Milliardengewinne aus den deutschen Kohlen, die nach den Bestimmungen des Vertrages von Versailles Deutschland nicht gutgeschrieben werden, und es kann trotzdem noch seine Eisenindustrie mit so billiger Kohle versorgen, daß die übrigen Eisenindustrien damit nicht konkurrieren können. Die stillgelegten Hochöfen in den Vereinigten Staaten und in England und die Millionen Arbeitsloser in diesen beiden Ländern sind die direkten Folgen dieser französischen Politik.

Der französische Ministerpräsident hat in Bar-le-Duc weiter behauptet, Deutschland habe im Dezember 1922 an

Barablungen und Sachlieferungen

erst vier Milliarden Goldmark geleistet. Diese Behauptung ist vollständig falsch. Deutschland hat bis jetzt in Barablungen aus dem Friedensvertrag 2,5 und an Sachlieferungen 16,9 Milliarden Goldmark geleistet; dazu kommen 10,7 Milliarden Goldmark für Beihilfen, Abtretung der Ansprache an die deutschen Arieasverbündeten, das deutsche liquidierte Eigentum im Ausland und sonstiges, zusammen über 38 Milliarden Goldmark. Rechnet man dazu noch den Wert der von Deutschland abgetretenen Gebiete und den Wert der deutschen Kolonien, so kommt man zu einer Leistung Deutschlands von über 100 Milliarden Goldmark, wie sie der Minister Rathenau in seiner Reichstagsrede am 29. März 1922 im einzelnen berechnet hat, d. h. auf 1/3 des ganzen deutschen Nationalvermögens vor dem Kriege.

Der französische Ministerpräsident hat von neuem den Vorwurf erhoben, daß Deutschland die Kapitalflucht begünstigt oder nicht genügend bekämpft habe. Die deutsche Regierung hatte von sich aus schon lange, bevor die Reparationskommission dieser Frage ihre Aufmerksamkeit zugewandt hat, die Maßnahmen gegen Kapitalflucht getroffen, die bei der jetzigen Lage des Wirtschaftsverfalls Erfolg erwarten lassen. Sie hat darüber hinaus auf das Verlangen der Reparationskommission noch weitere Maßnahmen getroffen und wird noch weitere treffen, obwohl diese Maßnahmen mit der Lage des Wirtschaftsverfalls nicht mehr vereinbar sind und kaum einen Erfolg erwarten lassen. (In dieser Frage sind wir denn doch anderer Ansicht als die amtliche deutsche Stelle. Red. der „Freiheit“.)

Zum Schluß der Erklärung wird auf die Vorwürfe Poincarés gegen die Art der deutschen Kriegführung hingewiesen und in Abrede gestellt, daß diese Kriegführung grausam gewesen sei.

Die österreichische Sozialdemokratie und die Teuerung

In einem an die Genossen und Genossinnen gerichteten Aufruf der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschösterreichs, der Gewerkschaftskommission Deutschösterreichs, des Zentralverbandes der österreichischen Konsumvereine und der sozialdemokratischen Fraktion des Reichsbauernrates der Arbeiterräte, über dessen Inhalt ein kurzer, unvollständiger telegraphischer Bericht in unserer gestrigen Ausgabe enthalten war, werden die derzeitigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten Deutschösterreichs und ihre Auswirkungen auf die Arbeiterchaft eingehend erörtert. Es werden die Mittel vorgeführt, um die drohende Katastrophe zu verhüten, und eine Reihe Forderungen erhoben.

In dem Aufruf heißt es dann: „Was soll also geschehen? Sollen wir und gewaltam der Alleinherchaft bemächtigen? Eine Diktatur des Proletariats auszurufen versuchen? Das wäre der Wahnsinn. Das wäre die sofortige vollständige Vernichtung des Wertes der Krone und damit die Hungersnot. Das wäre der Bruch mit dem Ausland, der Einmarsch feindlicher Heere, die Kontrolokulation!“

Sollen wir die Macht durch Revolution zu erobern versuchen? Wir bezweifeln nicht, daß die Erfahrungen der letzten Jahre diesen Tausenden Wählern und Wählerinnen die Augen geöffnet haben. Aber Wahlen erfordern Zeit, und die Gefahr des Augenblicks fordert gebieterisch sofortiges Handeln. Oder sollen wir mit den bürgerlichen Parteien zusammen eine Regierung bilden, um uns wenigstens einen Anteil an der Regierungsgewalt zu sichern, und dadurch wenigstens das Notwendigste zur Abwehr der Gefahren des Augenblicks durchzusetzen? Es fehlt nicht an Entwürfen an uns, in die Regierung einzutreten. Erst wenn die bürgerlichen Parteien endlich die Gefahr des vollständigen Zusammenbruchs unserer Volkswirtschaft erkennen, erst wenn sie sich dessen bewußt werden, daß, wenn alles zusammenbricht, sich auch die bestehenden Klassen nicht aus dem Zusammenbruch retten können; erst wenn die Furcht vor dieser Katastrophe die bestehenden Klassen dazu zwingt, die notwendigen Opfer zu bringen und sie bereit macht, unsere wichtigsten und dringendsten Forderungen zu erfüllen und ihre Sabotage gegen alle wirtschaftlichen und sozialen Notwendigkeiten aufzugeben, erst dann und nur dann, Genossen und Genossinnen, besteht die Möglichkeit, die Verhandlungen mit den bürgerlichen Parteien durchzusetzen, was durchgeführt werden muß, erst dann und nur dann könnte eine zeitweilige Kooperation (Zusammenarbeiten) mit den bürgerlichen Parteien für uns ein Mittel sein, die Republik und die Volkswirtschaft aus der schwersten Gefahr zu retten.“

München sucht den Konflikt

München, 25. August. Die Haltung der Münchener Presse zu den letzten Abmachungen zwischen der Reichsregierung und der bayerischen Regierung wird am besten gekennzeichnet durch die Tatsache, daß, mit Ausnahme der sozialistischen Presse, keine hiesige Zeitung die Erklärung der Reichsregierung zu dem Konflikt zwischen Bayern und dem Reich veröffentlicht, obwohl die vorher veröffentlichte bayerische Erklärung höchst einseitig war. Im übrigen spricht man hier nur von einem „Waffenstillstand“ und stellt eine Renaissancie des Kampfes gegen das Reich zu einem geeigneteren Zeitpunkt in Aussicht. Das „Kartell der vaterländischen Vereine“ ruft bereits zu einer Kundgebung zum Protest gegen die Berliner Schussafel und gegen den Umsturz der bayerischen Regierung auf, zu der die Demonstranten mit Wägen und Schlagringen zu erscheinen haben. Heute vormittag sind bereits Truppen der Ehrhardt-Organisation aus dem Oberland eingetroffen, Man vermutet

einen Rechtspruch aus diesen Gründen werden die Republikaner aufgefordert, sich bereit zu halten, um Anschläge der Hochverräter abzuwehren.

Die Münchener Kundgebungen verboten

(M.B.) München, 25. August. Die Polizei hat die von den Vereinigten vaterländischen Verbänden Münchens für heute abend auf dem Königsplatz geplante öffentliche Kundgebung zu dem sogenannten Berliner Abkommen unterbunden.

Die Konferenz zwischen Osterreich und Italien

(D.A.) Wien, 25. August. Die heute stattfindende Konferenz in Verona zwischen dem österreichischen Bundeskanzler Seipel und dem italienischen Außenminister Schanzer ist Gegenstand der allgemeinen Diskussion in Wien. Das Hauptorgan der christlich-sozialen Partei, die „Reichspost“, sagt, daß sich in Verona heute wahrscheinlich die wichtigsten Entscheidungen vorbereiten, vor denen Osterreich in der nächsten Zeit liehe. Die Konferenz von Verona sei vorbereitet durch ein interessantes Intermezzo in London, wo gewisse Uebereinkommungen zwischen der englischen und italienischen Auffassung in der österreichischen Frage hervorgetreten seien. Die „Reichspost“ glaubt zu wissen, daß Italien bestimmte Vorschläge wirtschaftlicher Natur für Osterreich habe, die jedoch politisch in Belgien und Prag nicht beunruhigend wirken würden.

Sozialistischer Wahlblock in Polen

(O.G.) Warschau, 25. August 1922. In Kattowitz haben, polnischen Blättermeldungen zufolge, Verhandlungen der polnischen Unabhängigen Sozialistischen Partei mit den deutschen Sozialisten Pommerellens, Polnisch-Ober-Schlesiens und des Lodzer Gebietes stattgefunden. Es wird die Bildung eines Wahlblocks erstrebt, dem weder die Polnische Sozialistische Partei (P.S.P.) noch die Kommunisten angehören sollen. Dagegen wird mit der Möglichkeit gerechnet, daß auch die jüdischen Sozialisten (der „Bund“) sich dem Block der Unabhängigen Sozialisten anschließen werden.

Die sozialpolitischen Methoden von Sinnes. Die großen Erz- und Hüttenanlagen in Osterreich die Alpine Montan-Gesellschaft gehört seit einiger Zeit der Sinnesgruppe. Vor einiger Zeit hat die Direktion den Bergarbeitern angeboten, diese mit Lebensmitteln zu versehen, falls sie auf den gesetzlich geschützten Achtungstag verzichten. Vor kurzem hat sie mit der Auflösung der Tarifverträge gedroht, für den Fall, wenn die geplanten Sozialversicherungen die Gesellschaft übermäßig belasten würden. Die Sinnesgruppe will also wie im Bericht der österreichischen Bergarbeiter an den internationalen Bergarbeiterkongress bestätigt wurde, versuchen, die Bergarbeiter zu bewegen, gegen die von der Regierung Steiermarks geplanten Sozialversicherungen Stellung zu nehmen bzw. diese zu vereiteln. Die Bergarbeiter werden sich jedoch dazu nicht hergeben.



Kleine Politik

Das Urteil gegen Sepp Dertter rechtskräftig

Am 31. Januar wurde der frühere braunschweigische Minister von der Strafkammer zu Braunschweig zu vier Monaten Gefängnis verurteilt, weil er einem Interessenten nabelehte, für die Verleihung des Professorentitels 10000 Mark zu zahlen.

Sozialistische Einheitsfront in Ost-Oberschlesien

(D.A.) Katowitz, 24. August. Hier ist eine Arbeitsgemeinschaft zwischen der deutschen Sozialdemokratischen Partei in Polen und der U.S.P. in Polen gearndet worden.

Der bayerische Ordnungsoberhäuptling Dr. Heim hat dem Grafen Arco, dem Wörder Kurt Eisners, der sich auf einem Klostergut in Landsberg am Lech von seiner Wörder-Eigenschaft erheilt, einen langen Brief abgeschrieben.

Inkrafttreten der erhöhten Ausfuhrabgaben. Die die 'Dona' erfährt, soll die erhöhte Ausfuhrabgabe wahrscheinlich schon am 1. September in Kraft treten.

Neue Gesichtspunkte im Reichsministerium des Innern gehen, wie die P. P. N. hören, zwei neue Gesichtspunkte ihrer Fertigstellung entgegen.

Die Posttarife in Oesterreich. Ab 21. August treten erhöhte Posttarife in Kraft. Danach kosten Briefe im Fernverkehr bis 20 Gramm 100 Kronen, Postkarten 50 Kronen.

Keine Abschaffung des Raucherlagers auf den Erholungsurlaub. Gemäß einem die bisherige Regelung abändernden Beschluss des preussischen Staatsministeriums ist vom preussischen Justizministerium anacordnet worden.

Parteiveranstaltungen

5. und 6. Dürst. Arbeiterabend. Spätes der Arbeiter jeden Mittwoch auf der Wiese am Reichel-Bahnhof.

Sonntag, den 26. August.

9. Dürst. Vorstandssitzung abends 7 1/2 Uhr bei Frau Ullrich, Ullricher Str. 21.

Sonntag, den 27. August.

Verwaltungsratsitzung Sonntag, am Sonntag, den 27. August, vormittags 10 Uhr.

Theater- und Vergnügungen

Advertisement for various theaters and entertainment venues including Volkstheater, Neues Theater, Kammertheater, and others.

Advertisement for Gold Igouet, featuring a large circular logo and text about gold and silver jewelry.

Advertisement for Garderoben (closets) and Teilzahlung (installment payment) services.

Advertisement for Grebler Weinbergsweg 4, a wine merchant.

Advertisement for Stodlaternen (table lamps) and Buchhandlung 'Freiheit' S.-m.-b.-H.

Advertisement for Gold, Silber, Platin (gold, silver, platinum) jewelry and watch repairs.

Advertisement for Metallarbeiten (metal work) and Schmiederei (blacksmithing).

Advertisement for Verläufe (traces) and other technical services.

Advertisement for Möbel (furniture) and other household goods.

Advertisement for Tücht. Automaten-Einrichter (skilful automatic machine setters) and Metallschleifer (metal grinders).

Advertisement for Bekannmachung (public notice) and other legal services.

Advertisement for Kleine Anzeigen (small advertisements) and other notices.

Advertisement for Bekannmachung (public notice) regarding a company's status.

Advertisement for Bekannmachung (public notice) regarding a company's status.

Advertisement for Kleine Anzeigen (small advertisements) and other notices.

Advertisement for Deutscher Metallarbeiter-Verband (German Metalworkers' Union) and Todesanzeige (obituary).

Advertisement for Deutscher Metallarbeiter-Verband (German Metalworkers' Union) and other notices.

Groß-Berlin

Das Grauen

Die Wohnungsuntersuchungen der Berliner Driskrankenkasse

In Romanen und Novellen findet man immer noch Stellen, die rührselig vom trauten Heim, vom eigenen Herd, von Familienglück usw. erzählen. Ja, so etwas erzählen noch Romane und Novellen — aber die Wirklichkeit? Jeder kennt die furchtbaren Räte der Wohnungsmisere, jeder weiß, daß es ein „trautes und gemüthliches“ Heim für die meisten Proletarier nicht gibt, sehr nach dem Stahlbade noch weniger als vor dem Kriege. In der wirtschaftlichen Not des Proletariats gefeilt sich das Wohnungsgeld, mit seinen Gesundheit und Seele gefährdenden, in vielen Fällen Familienleben zerstörenden Momenten. Als Wohnung, Wohnstatt für Menschen, können die feuchten, lichtlosen Löcher nicht angesehen werden. Man ist viel, sehr viel gewöhnt, man ist abgestumpft, trotz alledem überkommt einen das Grauen, man ist entsetzt, wenn man die fleißige Arbeit Albert Kohls über die „Wohnungsuntersuchungen der Allgemeinen Driskrankenkasse in den Jahren 1919—20“ nachliest.

Sachlicher, aber auch erschütternder kann man auf 75 Seiten Text und Tabellen die Wohnungsnot des Berliner Proletariats nicht schildern, als wie es von Seiten der Berliner Driskrankenkassen in diesem Buch geschieht. Das Berliner Proletariat lebt nicht in Wohnungen, sondern es haust in menschenunwürdigen Löchern, und in unzähligen Fällen würde der Tierchutzverein einschreiten, wenn irgendein Tierbesitzer Tiere in solche Räume einsperren würde, wie sie zum Teil in Berlin von Menschen bewohnt werden. Es bestehen Vorschriften, daß für Verbrecher, die in Gefängnissen sind, ein Luftraum von rund 28 Kubikmeter vorhanden sein muß. Tausende und aber Tausende von Berliner Kranken Proletariats — und zwar 25 Prozent aller Männer und 18 Prozent aller Frauen — leben in Räumen, die weniger als 20 Kubikmeter Luftinhalt haben. Ja, 5 Prozent der Kranken, und das sind alles Proletarier, leben in Löchern, die weniger als 10 Kubikmeter Luftraum haben. Im Jahre 1919 lagen über 100 Kranke aus Zeit gefesselt in Räumen mit weniger als 6 Quadratmeter Bodenfläche und es wurde festgestellt, daß in solch kleinen Räumen nicht nur eine oder zwei Personen, sondern sogar 4 Personen schliefen. Wie bei solchen Wohnverhältnissen der Lungenschwindsucht, den Geschlechts- und anderen Infektionskrankheiten entgegengetreten werden soll, das wird ein Räsel bleiben. Etwa 9 Prozent aller Kranken, hausten in den Mietkasernen in sogenannten Wohnungen, die nur aus Stuben oder Küche bestanden.

Statistisch wird nachgewiesen, daß vier, ja 5 Personen in einem Bette sich von den Strapazen der Arbeit in den Fabriksälen erholen sollten. Im Jahre 1918 hatten 8,7 Prozent, im Jahre 1919 11,6 Prozent und im Jahre 1920 18,46 Prozent der kranken Proletarier Krankenlattenpatienten sein Bett, sondern mußten ihr Lager mit anderen Familienmitgliedern teilen. Unter diesen Verhältnissen und nach den furchtbaren Folgen des Krieges und durch das gesteigerte Elend ist es natürlich nicht verwunderlich, wenn die Tuberkulose in steigendem Maße unter dem Proletariat grassiert.

Dem Hefte über die Wohnungsuntersuchungen sind eine Anzahl Bilder beigegeben, die die furchtbare Not der Berliner Arbeiter in die Welt schreien und die heutige Gesellschaftsordnung anklagen, die es zuläßt, daß auf der einen Seite wenige Tausende in Ueberfluß und Prasserie schmelzen und auf der anderen Seite Millionen von Arbeitsbienen in Löchern unter der Erde, in Bunkern ohne Fenster, in Wohnungen, in denen vor Feuchtigkeit die Tapeten von den Wänden abrollen, dem Bürger Tod zum Opfer fallen, elend krepieren.

Was schadet es, es sind ja nur Proletarier.

Der Grunewald den Berlinern

Durch eine neue Polizeiverordnung hat der Berliner Polizeipräsident unter Zustimmung des Magistrats für eine Zeitdauer von zunächst fünf Jahren eine Neuordnung des Autoverkehrs im Grunewald angeordnet. Die Verordnung bestimmt, daß der Autoverkehr nicht mehr über den Grunewald geleitet wird, sondern den westlichen und östlichen Rand des Grunewalds benützt. Durch diese Neuordnung ist einem lang gehegten Wunsche der Berliner Ausflügler Rechnung getragen worden, und es ist zu hoffen, daß erholungsbedürftige Kurbadgänger in Zukunft nicht mehr durch den Autoverkehr zu leiden haben werden. Die Verordnung, welche die im einzelnen zu benutzenden Autowege genau angibt, weist darauf hin, daß für Autofahrten nur noch die Chausseen von der Heerstraße längs der Davel über Schildhorn und Schwannwerder nach Wannsee in Betracht kommen, ferner die vom Bahnhof Grunewald über Hundeshöhe nach Zehlendorf führende Spandauer Straße. Weiter ist für Automobile auch die Chaussee nach Grunewaldsee zugelassen. — Ausgenommen von dieser Beschränkung sind Kranken- und Rettungswagen, Fahrzeuge der Feuerwehr, Fahrzeuge der Schutzpolizei und der Reichswehr sowie alle anderen Fahrzeuge im Dienste des Reiches, des Staates, der Stadtverwaltung, insoweit im einzelnen Falle die Benützung der verbotenen Wege notwendig ist. In Fällen, in denen durch diese Verordnung besondere Härten entstehen, z. B. für die Anwohner des Grunewalds, sind auf Antrag durch die Polizeiverwaltung Ausnahmen mit zeitlicher Beschränkung zulässig. Zuwiderhandlungen werden mit Geldbusen oder entsprechender Haft bestraft.

Das Schicksal des Tempelhofer Feldes

Stellasse Forderungen und Wünsche, besonders von Sportvereinen, haben sich mit der Verwendung der Osthälfte des Tempelhofer Feldes beschäftigt, ohne hierbei zu berücksichtigen, daß eine ganze Reihe notwendiger Aufgaben verkehrspolitischer Natur vom Tempelhofer Feld gelöst werden könnten. Einer der Hauptvorteile der Eisenbahnerverwaltung, die gegen eine Vermeidung der Bäume auf der Stadtbahn sprechen, ist die Unmöglichkeit einer Gleisvermehrung und einer Vermehrung der Bäume auf ihr. Im Vorortverkehr, namentlich in den Hauptverkehrsstunden, beruht nach wie vor überhies Bedrängnis, und die heute noch in weiter Ferne liegende Verwirklichung des Planes der Elektrifizierung der Stadt- und Ringbahn, die eine gewisse Vermehrung der über die Stadtbahn verkehrenden Vorortzüge zur Folge haben würde, wird dann langsam auf Verhältnisse hinken, die den heutigen nicht nachsehen. Selbst die Durchführung der Elektrifizierung der Stadtbahn würde eine Entlastung und eine Verbesserung nicht zur Folge haben können. Erst dann, wenn es gelingen würde, die beiden Fernbahnstrecken reitlos dem lokalen Personenverkehr zuwenden zu bringen, würde eine Besserung des Verkehrsverhältnisses durchführbar sein, wie sie den heutigen Verhältnissen nach als unbedingt notwendig erscheinen muß. Die Fortnahme der Fernzüge von der Stadtbahn ist aber nur dann möglich, wenn ein seit längerer Zeit bestehender Plan zur Durchführung kommt und die Anlage eines neuen zentralen Fernpersonenbahnhofes, des Fernbahnhofes Berlin, durchgeführt werden könnte. Als ein-

ziger, für diese Umwälzung in verkehrlicher Beziehung geeigneter Platz muß das in unmittelbarer Nähe der Anhalter, Potsdamer und Östlicher Fernbahn liegende Tempelhofer Feld angesehen werden. Die übrigen Fernbahnstrecken könnten etwa dem Juge der 6-Gleisig ausgebauten Umgehungsbahn folgen und mit wenig Schwierigkeiten auf dieses Gelände hin umgeleitet werden, ohne daß allzu große Verzögerungen in der Durchführung des Fernpersonenverkehrs eintreten. Für den neuen Fernbahnhof ist vor längerer Zeit ein ebenso origineller, wie praktischer Plan aufgestellt worden. Zwei riesige, unachtfähr 20—25 Bahnsteige enthaltende Empfangs- und Abgangshallen liegen parallel nebeneinander und sind durch halbkreisförmig geführte Gleise an einem Ende miteinander verbunden. Diese beiden Hallen bedeuten die Trennung der Ankunfts- und der Abfahrtsrichtung, so daß bei dem Zu- und Abgang der Reisenden niemals ein Widerstrom eintreten kann und auch bei stärkstem Verkehr eine glatte Abwicklung im Zu- und Abgang der Reisenden, Aufsteigerung und Ausgabe des Reisegepäcks usw., eintreten kann. Dadurch, daß die ankommenden Fernzüge durch die Ueberleitung sofort wieder zur Abfahrt bereitgestellt werden können, erübrigen sich die Abfahrtsbahnhöfe, die besonders in den letzten Jahren vor dem Kriege durch ihr unheimliches Anwachsen ungeheure Summen bahnpolitischer Gelder verschlungen haben. Die Lösung der Einzelprobleme über die Befüllung der Maschinen, Reinigung und Wasserlieferung der Personenwagen usw. sind Fragen, die dem Techniker überlassen bleiben müssen. Freilich bleibt jedoch, daß dieser Plan zur Durchführung, der gesamte Berliner Vorortverkehr auf eine neuzeitliche, moderne Basis stellt werden kann und daß, selbst im weitesten Umfange, Vorortschnellzüge den Verkehr von den entfernteren Vororten nach Berlin wesentlich erleichtern würden. Darum sollte bei etwaigen Beschlüssen über das Tempelhofer Feld schon jetzt Rücksicht genommen werden auf die Anforderungen des Berliner Verkehrs kommender Jahrzehnte.

Wenn der Kaiser kommt

Eines Tages kommt der Kaiser wieder. Ob er Wilhelm II., III. oder IV. heißen wird, ist dabei ganz nebensächlich. Er will wieder inmitten seines geliebten Volkes wohnen. Aber das Berliner Stadtschloß ist zum Museum umgewandelt; die sogenannten „Palais“ unter den Linden sind nicht repräsentabel genug. Potsdam aber ist zu weit. Was tun? Da fällt ihm ein, daß er ja noch ein Schloss in Charlottenburg hat, nicht mehr ganz Berlin, aber doch auch nicht Potsdam. Vergnügt fährt er in den Schloßhof ein. Das Entsetzen ergreift ihn — wie ist denn so etwas möglich? Die Zäunerbauer vor dem Portal sind so total verwahrloht! Seit zehn Jahren nicht mehr frisch gekrönt, fast vermodert! Und da soll er einziehen? Nein, dann schon lieber nach Potsdam. Dem Minister des Innern aber, der in Wilhelm's Abwesenheit die Aufsicht über die Schloßverwaltung hat, schreut das Gebot: wie konnte man auch so nachlässig sein; als die Jahre lang hätte man die schönen Zäunerbauer zum Freude des Volkes dort stehen lassen. Aber an einen neuen Anstrich hätte man nicht gedacht. — Wir hoffen, daß dieser Hinweis nützlich wird, das Verfallene nachzuholen, ehe es zu spät ist. Denn das Schicksal schreitet schnell. Bieder.

Mieterproteste

Die Antirentengesetzgebung der Mieterschutzgesetzgebung wendet sich mit folgendem Schreiben an die Oberpräsidenten:

Nachdem am 1. Juli d. J. das Reichsmietengesetz in Kraft getreten und die Höchstmietenerordnung außer Kraft gesetzt ist, befremdet es uns sehr, daß das R.M.G. keine Handhabe bietet, um den Kermis der Armen bei Festlegung der Mieten minder hoch einzuschätzen.

§ 9 der R.M.G. gab ein gesetzliches Recht den Mietern, welche alt und krank waren, Almosen, Renten und Ju-

Der Entgleiste

Roman von Wilhelm Holzamer.

(23. Fortsetzung.)

Das Gute pflegte er, das Schlimme oder Schädliche verfolgte er. Dann und wann bückte er sich und riß ein Pflänzlein aus, ein Knöspchen besüßte er und haß ihm mit einem leisen Druck ein wenig nach, wenn der Herbst kam, blies er mächtig den Rauch aus seiner Pfeife gegen die reifenden Trauben, das Fallobst las er zusammen und die falschen Schöffe schnitt er aus. Die Hauptarbeit in der Frühe machten im Juni die Blattläuse an den Rosen. Er strich sie mit den Fingern ab und zerdrückte sie am Blatt und Stiel und blies dann die betreffenden Stellen mit Schwefelblumen an, die er in eine Spritze geladen hatte. Dann war es sieben Uhr — zwei Stunden des Morgens waren genügt und genossen — und vom Fenster aus, das in den Hof ging, winkte es zum Kaffee. Der Krafft paßte fester aus seiner Pfeife — ihr Leibes recht voll zu genießen — Schritt in dem schweren Tempo, das er in seinem Gange immer bewahrte, nach der Pumpe hin und wusch sich die Hände.

Nach dem Morgenkaffee kam der zweite Besuch im Garten, mit Rechen und Häckelchen diesmal — bis zur Schulstunde waren dann noch ein paar trodene Stellen aufgehäckselt, einiges Unkraut aus den Pfaden gereicht, und wenn sich's gerade ergab, auch ein paar neue Pflänzchen in hübschen Reihen gesetzt oder ein paar Sämereien ausgestreut.

Der Krafft behauptete, diese Morgenbeschäftigung in seinem Garten habe ihn gesund und kräftig gehalten, — wie er auch sagte, wenn er seine Frau ärgern wollte, die Pfeife habe ihn jung erhalten. Denn das Junge hänge davon ab, wie einem die Pfeife schmecke, nicht etwa, ob man einen weißen Bart habe. Schloßweß war sein Bart geworden — und eisgrau sein lauges weiches Seidenhaar, ein paar Nanzeln hatten seine schönen Hände bekommen — ein paar Freunde nannten ihn in besonderer Stimmung: der Krafft mit den schönen Händen — aber die Pfeife schmeckte immer noch. Und nun schmeckte sie mit einem Mal nicht mehr.

„Hast du mir meine Pfeife ausgeputzt, Mutter?“ fragte der Krafft am Morgen. „Was ist denn mit der?“

Aber es war nichts mit der Pfeife gemacht worden. Der Krafft ließ sich eine andere holen. War's denn Entbildung? Auch die war nicht gut heute. Er probierte sie alle durch. Schließlich, obgleich sie ihm gar nicht behagte, blieb er bei der letzten. Dann ging er in den Garten.

Aber es war ihm heute nicht recht extra. Auch das frische Pumpenwasser war nicht wie sonst.

Aber die blühende Morgenwelt — und die Junirosen — und das frische Dufte — und die Gradmüde im Nachbargarten — und die weißen Falten in dem blauen Seidenhimmel — und die stille Welt — das war doch wie sonst. Das Leben und seine schönen Tage — und die Arbeit, und der Beruf und das Wohlgefühl, noch etwas tun und leisten zu können, noch nützlich zu sein auf der Welt und sein Wirken sich abschließen zu sehen in einem Stillesein, in einem sicheren Kreise, den kein Draußen mehr durchbrechen, dessen Harmonie innen nicht mehr gestört werden könnte. Dem Krafft lag ein Druck auf der Brust, eine Beengung — und doch wieder: — nie war's ihm so vorgekommen, wie ein Mensch im Mittelpunkt stehe eines Daseins und rings um sich seinen Besitz abzeigen könne, mit ausgestrecktem Arme, und zeigendem Finger, sich um sich selbst drehend. Halb aus diesem Gefühl, halb der Brustbeengung wegen richtete er sich höher auf und drehte sich langsam um sich selbst und sah über sein Land, sein eigenstes und schönstes, darum draußen eine Mauer gezogen war, die Mauer seiner Art und seines Charakters, mit den Laken seiner Schwächen und mit den Pfeilern seiner Kräfte.

Ein Lächeln glitt über sein Antlitz. Da stand ein Name geschrieben am Tor — nicht groß, aber fest und lesbar — und sich selbst hatte er's zu verdanken, sich allein, was hier drinnen war.

Er ging weiter. Die Pfeife wurde kalt. Die ersten Schüler kamen, die von auswärts, die jetzt noch ihre letzten Schularbeiten drinnen in der Schule machten.

Es winkte am Fenster zum Kaffee. Der Krafft wollte folgen. Da geriet er ins Taumeln. „Mutter!“ rief er. Dann schlug er hin. Und die Pfeife glitt ihm voraus. Er bemühte sich, sich aufzuheben, und wollte lächelnd ein paar Worte. Aber sogleich schlug er wieder hin, und es war still.

Der Tod war zu ihm getreten in der Morgenfrühe, da er seinen kleinen, glücklichen Besitz abgezeigt hatte. Er hatte einen unerbittlichen Stieb gegen ihn geführt.

Man trug den Sterbenden hinein. Von seinen Schülern war sein Bett umstanden — die Nachbarn waren gekommen und boten ihre Hilfe an. Draußen in einer Ecke, vergessen und unbeachtet im Hin und Her, stand der Philipp Kaiser und weinte. Er weinte sonst nicht leicht — heute aber flossen ihm die Tränen reichlich. Er wußte nicht, was es war, daß ihn so packte. Aber er weinte, und das schien ihm deutlich, es sei jetzt etwas Großes geschehen in der Welt. Etwas ganz Großes, das die Welt erfüllen müßte. Und er merkte nicht, daß kaum im Gange des Dorfes ein Eindruck davon war. Ein Jurnf, einer dem andern, ein bedauerndes Wort — die Menschen gingen ihren Beschäftigungen nach, die Wagen fuhren hin und her, Peitschen knallten, Rufen pfliffen — und die Blätter der Bäume säuselten wie sonst. Nur, schien es dem Philipp, etwas weicher, beinahe ein wenig zage, wenigstens hier in Krafft's Garten, in dem ein seltsames Verfallensein, so daß der Philipp gar nicht hinschauen und hineinhorchen konnte. Drinnen starb der Krafft einen guten, starken Tod — nicht leicht, nicht sanft; als seien noch Aufe nach dem Leben, nach seiner Arbeit, in seinem Stöhnen — aber sein Antlitz verzerrte sich nicht, wenn sich seine Seele wehrte und sein Körper sich aufstimmte. Und als er besiegt war, schien es fast, als habe er gesiegt und ruhe davon aus, so gesüßt und schön lag er da.

Auf der Treppe lag die Klar und band einen Kranz, nicht nie, daß sie Blumen in ihrem Garten schnitt. Nun hatte sie gar aus dem Buchseinsparungen die schönsten Blüthe herangeschnitten. Und die Nelkenstücke waren ganz abgeplückt, die Balsaminen, die Margeriten, die Schwertlilien. Die schönsten Rosen hatte sie geschnitten, und als es nicht genug waren, war sie sogar über die Letzten hinaus an der Stange ihren Rosenstrauch geschlüpft und hatte den tüchtig geplündert. O, wenn sie nur etwas tun könnte. Etwas Großes und Tüchtiges für ihn. Und lebendig stand er vor ihr, wie er damals in seinem Garten vor ihr gestanden hatte. Und wie sie mit ihm auf und ab gegangen war — und wie der Garten schön gewesen war! Der Schönste im ganzen Dorf, der schönste, den sie sich denken konnte. Und vornehm! Vornehm, daß die Bauern all daheim bleiben konnten. Und sie war drin neben ihm hergegangen, freundlich hatte er zu ihr gesprochen und guten Rat gegeben. Wenn sie nur weinen könnte. Es erschütterte sie und schüttelte ihren ganzen Körper, daß sie nicht weinen konnte.

(Fortsetzung folgt.)

Waldengelddempfungern, nach welchem dieselben vor allzu hoher Mietsbelastung geschützt waren.

Es liegen ferner die Ausführungsbestimmungen zum N.M.G., welche vom Magistrat der Stadt Berlin aufgestellt sind, zur Genehmigung vor. Durch Zeitungsnachrichten ist bekannt geworden, in welcher rigorosen Weise die Ausführungsbestimmungen des N.M.G. durchgeführt werden sollen.

Wir erheben gegen diese Ausführungsbestimmungen den schärfsten Protest und bitten den Herrn Oberpräsidenten, denselben ihre Zustimmung und Inkrassierung zu verweigern, denn es würde zu den schwersten Unruhen führen.

Somit bitten wir, dem N.M.G. einen Nachtrag durch den Gesetzgeber anfragen lassen zu wollen, welcher ähnlich dem § 9 der D.M.B. dem zuständigen Richter eine Handhabe bietet, das Gesetz bei gegebenen Umständen in Milde ausführen zu können.

Oxyer der Tuberkulose

Die Ortsgruppe Berlin des Verbandes der Lungen- und Tuberkulose-Erkrankten Deutschlands hatte ihre Generalversammlung am letzten Jahr abgehalten. Am letzten März gehörten ihr rund 1500 Mitglieder an, wovon 263 der Tuberkulose erlagen. Zur Bekämpfung der Tuberkulose hält der Verband das, was das Reichstuberkuosegesetz bringen soll, nicht für ausreichend. Die Ortsgruppe verlangt auch vom Berliner Magistrat stärkere Tuberkulosebekämpfung. Eine Resolution mahnt ihn zur Bereitstellung von Mitteln, um Milch und Kohlen den Lungen- und Tuberkulose-Erkrankten billiger, den Rentnern und Erwerbsunfähigen, sowie den Erwerbslosen kostenlos zu liefern. Er soll auch unverlässliche Mittel zur Feststellung des neuen Tuberkulosegesetzes beschaffen. Weiter wird betont die Notwendigkeit, den Lungen- und Tuberkulose-Erkrankten gesunde Wohnungen zu schaffen, ihnen Arbeit zu vermitteln, für sie Indusriefabriken auf Kosten der Wohlfahrtsvereine Berlins einzurichten, ihre Versorgung in demselben Umfang wie vor dem Kriege wieder aufzunehmen.

Her mit Dauerkolonien!

Am Donnerstagabend fand auf dem Neuen Markt die vom Reichsverband der Kleingartenvereine einberufene Demonstration der gesamten Pausenkolonisten Groß-Berlins statt.

In lauen Sägen mit den bunten Vereinsfähnen, zum Teil mit den Erzeugnissen der Kolonie geschmückt, rückten sie an und nahmen am Lutherdenkmal Aufstellung. Schilder mit den Aufschriften: „Her mit den Dauerkolonien!“ „Wer im Garten arbeitet, sitzt nicht in der Kneipe“, wiesen auf Zweck und Sinn der Demonstration hin.

Von mehreren Rednern wurde nachgewiesen, mit wie wenig Verständnis Staat und Gemeinde den Forderungen der Kolonisten gegenübersehen. Das im August 1919 beschlossene Kleingartenfiedlungs-gesetz ist unzureichend. Zum Wohle der Allgemeinheit, zur Erhaltung der Volksgesundheit muß die Schaffung eines Pausengartens rings um die Großstadt gefordert werden. Staat und Gemeinden müssen durch Vergabe von Gelände, Bereitstellung von Mitteln und Errichtung von Dauerkolonien die Arbeit des Kleingärtners unterstützen.

Nach Annahme einer dementsprechenden Resolution bewegte sich ein imposanter Demonstrationzug zum Rathaus.

Wüste Schlägereien mit blutigem Ausgang gehören jetzt zu den häufigsten Mitteltaten des täglichen Polizeiberichts. Meist werden sie abends oder nachts in Schankstätten nach reichlichem Alkoholgenuß zum Ausbruch gebracht und haben oft tödliche Folgen. Hier die arabischen Exzesse der letzten Nacht. Gegen 11 Uhr entfiel in dem Schanklokal von Franz Dieckhoff, Gollnowstraße 20 eine Schlägerei, in deren Verlauf mehrere Schüsse fielen. Der Sattler Heinrich Harinold, der in diesem Augenblick an dem Lokal vorbeiging, wurde durch eine Kugel in den rechten Oberschenkel schwer verletzt. Von den an der Schlägerei beteiligten Personen sind durch Messerhiebe am Kopf abel ausgerichtet worden der Händler Hermann Pilscher, der Schläger Stanislaus Frankel und Tischler Bruno Stephan. Alle Verletzten wurden nach der Rettungshilfe in der Landsberger Straße gebracht und hier verbunden. Dann führte man sie dem 9. Polizeirevier zu, wo ihre Papiere einer Prüfung unterzogen wurden. — Um 12 1/2 Uhr nachts entpand sich vor dem Hause Oberstraße 80 in Schöneberg eine Schlägerei zwischen mehreren Männern. Dabei wurde der 48-jährige Schlosser Karl Groß aus Tempelhof so schwer verletzt, daß er in bestmöglicher Hast nach dem Krankenhaus Viktorien-Krankenhaus geschafft werden mußte. Von den übrigen Beteiligten wurden ebenfalls schwer verletzt der 27-jährige alte Bruder Großs Willy, der 18-jährige Arbeiter Willy Rißke und der 20-jährige Arbeiter Ernst Kischinski. Sie wurden nach Auflegung von Verbänden nach dem Polizeirevier 24 geführt und dort vernommen.

Aus der Chronik der Lebensmühen. Gestern morgen wurde der 58-jährige alte Schmied Karl Sch. aus der Neher Straße in Berlin in Kaulsdorf, östlich der Heinerdorfer Straße, mit einem Strick um den Hals unter einem Obstbaum in toter Stellung tot aufgefunden. In der rechten Hand hielt er ein ausgeklapptes Messer. Der Tote wurde nach der Kaulsdorfer Leichenhalle geschafft. — Durch den Reichswasserschutz wurde gestern vormittag nahe der Platten-Insel die Leiche einer weiblichen Person aus dem Wasser gezogen und nach der Halle in Wannsee gebracht. Die Leiche, bei der keinerlei Papiere gefunden, war u. a. mit einem schwarzen Rock, schwarzen Strümpfen und Handschuhen bekleidet. — Aus Lebensüberdruß erhängte sich gestern nachmittag die Witwe Meta D. in ihrer Wohnung in der Sparrstraße an einer Türklinke. — Eine Frau Emma R. vergiftete sich gestern nachmittag in ihrer Wohnung in der Oberwallstraße mit Sublimat. Sie wurde noch lebend aufgefunden und nach dem Lazarus-Krankenhaus transportiert.

Gewerkschaftliches

Verbandsstag der Gemeinde- und Staatsarbeiter Vierter Verhandlungsstag

Am Donnerstag wurde die Generaldiskussion über den Geschäftsbericht beendet. Nach den Schlussworten der Berichterstatter wird zur Abstimmung über die gestellten Anträge geschritten. Der Verbandstag folgt hierbei den Vorschlägen der Redaktionskommission. Die meisten Anträge werden dem Vorstand zur Berücksichtigung überwiesen. Unter anderem wurde folgender Antrag angenommen:

„Der Verbandstag lehnt die Technische Nothilfe als arbeiterfeindliche Einrichtung ganz entschieden ab. Auch für die Arbeiter in den lebenswichtigen Betrieben ist das volle und unbeschnittene Streikrecht ein unbedingt notwendiges Erfordernis.“

Zum Punkt „Betriebsräte“ wurde eine Resolution angenommen, in der verlangt wird, daß auf dem Boden des Gesetzes eine Erweiterung der Rechte der Betriebsräte erreicht werden muß. Die Absicht, durch Verordnungen usw. die Rechte der Betriebsräte in den öffentlichen Betrieben noch mehr einzuschränken, wird scharf abgelehnt. Die Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. November v. J. betreffs lebenswichtiger Betriebe müsse beseitigt werden. Verlangt das Parlament, so hat der DGB. Maßnahmen zur Durchführung dieser Forderung zu ergreifen.

Einmütig wurde auch ein Antrag angenommen, der verlangt, daß der DGB. in Gemeinschaft mit den sozialistischen Parteien gegen die weitere Volksauspöherung eine energische Front macht.

Der Verbandstag tritt dann in die Statutenberatung ein. Im Auftrage der Statutenberatungskommission erhatet Schulz den Bericht.

Als Eintrittsgeld wird ein Wochenbeitrag festgelegt. Der wöchentliche Beitrag soll betragen: bei einem Wochenverdienst bis 200 Mark 2 Mark, von 201 bis 400 Mark 4 Mark, von 401 bis 600 Mark 6 Mark, von 601 bis 800 Mark 8 Mark, von 801 bis 1000 Mark 10 Mark und erhöht sich um je 2 Mark für jede 200 Mark Wochenverdienst mehr.

Die Streit- und Gemahregelten-Unterstützung wird festgelegt: bei einem Wochenbeitrage von 2 Mark auf 60 Mark, 4 Mark auf 125 Mark, 6 Mark auf 180 Mark, 8 Mark auf 240 Mark, steigend um je 60 Mark bei je 2 Mark Beitrag mehr. Für jedes Kind unter 14 Jahren soll wöchentlich 10 Mark mehr gezahlt werden. Die Erwerbslosenunterstützung wird festgelegt, beginnend mit wöchentlich 12 Mark bei 2 Mark Beitragszahlung bis zu 30 Mark bei 8 Mark Beitragszahlung, für jede 2 Mark Beitrag wird 6 Mark Unterstützung mehr gezahlt.

Fortsetzung der Statutenberatung am Freitag.

Abrechnung mit den Kommunisten

Uns wird geschrieben: Die Presse hat sich in den letzten Wochen wiederholt mit den von den Kommunisten provozierten Vorgängen innerhalb des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten zu beschäftigen. Die am Dienstag, dem 22. August tagende Generalversammlung des Berliner Zweigvereins nahm zu diesen Vorgängen endgültig Stellung. Für die Verwaltung, die zurückgetreten ist, berichtet Saar eingehend über ihre Stellung gegenüber den Kommunisten. Seit einjährig Jahren wird mit den Mitteln der Beiträge und Demagogie versucht, die Gewerkschaft zu einem Ableger der kommunistischen Partei zu machen. Die Reichsgewerkschaftszentrale der R.P.D. beschäftigt einen Beamten, und zwar den Herrn Schöler, ausschließlich mit der Propaganda innerhalb der Gewerkschaft der Hotelangestellten. Jede Gelegenheit wird benutzt, um die Institutionen und die Verammlungen des Verbandes in den Dienst der kommunistischen Partei zu stellen. Insbesondere haben aber die Vorgänge in der letzten Generalversammlung, die von den kommunistischen Beamten gesteuert wurde, den Nachweis erbracht, daß eine gemeinsame Arbeit mit den Kommunisten nicht mehr möglich war. Der Referent kam zu dem Schluß, daß ein klarer Trennungsstrich gezogen werden müsse zwischen den Kommunisten und der Anterdammer Richtung, wenn gewerkschaftliche Arbeit geleistet werden soll.

Als Korreferent war von der R.P.D. Schöler bestimmt, der den Versuch machte, die Handlungen seiner Anhänger mit lebensnahen Nebensachen zu verteidigen. Angeblich war für die Kommunisten die Sache noch nicht genügend geklärt und deswegen sollte ein Schiedsgericht eingesetzt werden.

Nach lebhafter Diskussion wurde schließlich mit knapper Mehrheit der Ausschluß des kommunistischen Beamten Richter beschlossen. Auch wurde eine Resolution angenommen, die die politischen Treibereien innerhalb der Organisation verurteilt. Auch wurde beschlossen, die kom-

Neue Telefonanschlüsse im Gewerkschaftshaus Ausschneiden oder notieren!

An Stelle der bisherigen Telefonanschlüsse der Gewerkschaftskommission, Freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale, Wpshaus, Wdlicher, Fabrikarbeiter, Friseur, Glaser, Gutmacher, Lithographen und Steinbruder, Steinarbeiter, Volksfürsorge, Verlagsgesellschaft des DGB., Expedition des Korrespondenzblattes, Oekonomie des Gewerkschaftshauses, Herberge und der Gewerkschaftshausverwaltung (Sassenbach) treten mit dem heutigen Tage die Nummern:

Wortplatz 11500 bis 11508.

Der Ausschluß der Gewerkschaftskommission Berlin und Umgebung.

munistischen Beamten des Verbandes Merker und Sobaldemann zu entlassen.

Schiedspruch in der Metallindustrie

Vom Allgemeinen freien Angestelltenbund, Ortsgruppe Groß-Berlin, wird geschrieben:

Das Reichsarbeitsministerium fällt am 24. August 1922 für die Angestellten der Berliner Metallindustrie folgenden Schiedspruch:

„Mit Wirkung vom 1. August 1922 wird der Teuerungszuschlag zu den Grundgehältern von 150 Prozent auf 250 Prozent erhöht. Auf die bestehenden Frauen- und Kinderzulagen sind die gleichen Teuerungszuschläge zu zahlen.“

Der Bund der technischen Angestellten und Beamten und der Zentralverband der Angestellten beschäftigten sich in getrennt abgehaltenen gut besuchten Funktionärversammlungen am Donnerstagabend mit dem Spruch. Nach Entgegennahme des Berichtes und der Bekanntgabe des Schiedspruches, der von den Berichterstattern als nicht ausreichend bezeichnet wurde, nahmen die Funktionäre in einer außerordentlich sachlichen Diskussion hierzu Stellung. Es wurde betont, daß es notwendig sei, die Betriebe genauestens zu unterrichten; die Annahme des Schiedspruches könne man jedoch nicht empfehlen.

Es gelangte dann in beiden Versammlungen nachstehende Resolution gegen 1 beziehungsweise 2 Stimmen zur Annahme:

Die Funktionärversammlung hat von dem Ergebnis der schiedsgerichtlichen Verhandlungen Kenntnis genommen und bezieht den 50prozentigen Zuschlag auf die Juli-Gehälter als völlig unzureichend. Sie erklärt sich damit einverstanden, daß das Ergebnis unverzüglich in allen Betrieben in Versammlungen eingehend diskutiert wird, um dann in einer zweiten gemeinsamen KFA-Funktionärversammlung Stellung zu nehmen. Die Betriebe haben sofort alle Maßnahmen für eine im Anschluß an die gemeinsame Versammlung vorzunehmende Urabstimmung zu treffen.

Konflikt bei der Hochbahn

Aus Hochbahnkreisen wird uns geschrieben:

Die Teuerung hat fast allen Berufsgruppen eine entsprechende Lohnsteigerung gebracht. Die im Hochbahnbetriebe Beschäftigten hatten angesichts der Teuerung Forderungen in Höhe von 15,- Mk. pro Stunde gestellt. Die Verhandlungen haben jedoch bisher nur ein ganz negatives Ergebnis gezeitigt, welches nach seiner Richtung hin befriedigen kann. Der harthäufige Standpunkt der Hochbahngesellschaft kann deshalb sehr leicht zu einer impulsiven Betriebsstillelegung in allernächster Zeit führen. Die sich daraus ergebenden Konsequenzen fallen der Leitung des Unternehmens zur Last, weil sie absolut nicht der Notlage der Bediensteten Rechnung tragen will.

Dies zur Kenntnis des Berliner Publikums im Falle eines Stillstandes des Hochbahnbetriebes.

Funktionär-Versammlung der Buchdrucker

Die Vertrauensleute und Delegierten der Buchdrucker nahmen gestern Abend in einer hart besuchten Versammlung Stellung zu den mit den Berliner Unternehmern stattgefundenen Sonderverhandlungen. Rastini berichtete, daß er und noch fünf Kollegen am Donnerstag und Freitag mit den Vertretern der Unternehmer verhandelt haben. Gefordert wurde für Berlin eine Sonderzulage von 200 M. pro Woche. Die Unternehmer verhielten sich glatt ablehnend und erklärten, daß das Gewerbe eine Sonderzulage nicht mehr tragen könne und sie einen Streik der Gehilfen nicht fürchten; im Gegenteil, sie seien gewillt, ihre Betriebe zu schließen, da sie am Ende ihrer Kraft seien. Nachdem die Gehilfenvertreter den Unternehmern das Nötige im Interesse der Gehilfen gesagt hatten, erklärten sie sich bereit, allen Gehilfen und männlichen Hilfsarbeitern eine einmalige Beihilfe in Höhe von 200 Mark zu zahlen, allen weiblichen Hilfsarbeitern und den männlichen unter 18 Jahren 100 M. Zu zahlen ist diese Beihilfe in zwei Raten, in der nächsten Woche und am 9. September. Die Versammlung gab allgemein ihre Zustimmung und Empörung über das geringe Ergebnis zum Ausdruck. Beschloß aber doch mit geringer Majorität das Anerbieten anzunehmen und den Zentralverband zu beauftragen, sofort neue zentrale Verhandlungen in die Wege zu leiten. — Weiter beschloß die Versammlung, den Arbeitslosen pro Woche 100 Mark mehr Unterstützung zu gewähren und dafür einen Extrabeitrag von 5 M. zu erheben.

Zur Lohnbewegung im Einzelhandel. Die Arbeitgeber im Einzelhandel haben den Schiedspruch angenommen, während die Angestellten mit überwältigender Mehrheit den Schiedspruch abgelehnt haben. Am Montag, den 28. August 1922, abends 7 1/2 Uhr, werden die Angestellten des gesamten Einzelhandels in der Stadthalle, Klosterstraße, versammelt sein, um zu der Situation Stellung zu nehmen.

Lohnbewegung in der Schuhindustrie. In einer sehr gut besuchten Konferenz der Betriebsräte und der Vertrauensmänner, die am Donnerstagabend tagte, wurde in mehrstündiger Debatte einstimmig beschloßen, von den Großberliner Schuhfabrikanten als Vorzug die sofortige Auszahlung eines vollen Wochenlohnes zu verlangen. Es wurde ferner beantragt, den Zentralverband sofort zu neuen Verhandlungen über zeitgemäße Lohnerhöhungen aufzufordern.

Neue Löhne der Transportarbeiter im Graphischen Gewerbe. Für die Transportarbeiter im Buchhandel, Buchdruckererei, Briefumschlag und Luxuspapierfabriken sowie Papier- und Pappengroßhandel sind die Tarife für August bzw. September zum Abschluß gelangt und können dieselben gegen Mitgliedsausweis im Büro des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes, Ennelufer 24/25 II, Zimmer 31, in Empfang genommen werden.

WENESTI RUND

FEINE MILDE CONSUM-ZIGARETTE

MIT UND OHNE GOLD!